



II-13279 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN
für Umwelt, Jugend und Familie
MARIA RAUCH-KALLAT

A-1031 WIEN, DEN 18. April 1994
RADETSKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58

GZ. 70 0502/47-Pr.2/94

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

6050 IAB
1994-04-20
zu 6131J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Ilona Graenitz und Genossen haben am 23. Februar 1994 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 6131/J betreffend Maßnahmen zur Abfallvermeidung gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Sind Ihnen die Linzer Daten bekannt?
2. Gibt es vergleichbare Statistiken aus anderen Städten oder Bundesländern?
3. Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach zusätzlich notwendig, um Abfallvermeidung zu erreichen?
4. Überlegen Sie Änderungen bisheriger Verordnungen?
5. Welche Möglichkeiten haben Sie vorgesehen, den Erfolg der Verpackungsverordnung - insbesondere die Vermeidung von Verpackung - zu kontrollieren?
6. Gibt es bereits Vorarbeiten dazu?

- 2 -

ad 1

Die angesprochenen Daten sind mir im Detail nicht bekannt. Grundsätzlich darf ich zu Ihren Ausführungen aber festhalten, daß allfällige Schlußfolgerungen bezüglich einer Zunahme an Verpackungsmaterial zwingend bzw. nicht nachvollziehbar sind. Ohne genauere Analysen der Restmüllfraktionen der Jahre 1992 und 1993 sind Vermutungen über Mengenverschiebungen innerhalb der Gesamtmüllmenge unzulässig. Die angeführten Zahlen könnten genauso gut durch eine Abnahme des Verpackungsmaterials bei deutlich besserer Erfassung und gleichzeitiger Zunahme des tatsächlichen Restmülls erklärt werden.

Zu einer seriösen Interpretation der Linzer Daten wären neben den Ergebnissen von Müllanalysen auch noch die Auswirkungen der Sammlung biogener Abfälle, die Bevölkerungsentwicklung und etwaige Änderungen des Konsumverhaltens zu überprüfen.

ad 2

Ähnliche Daten existieren sowohl für die einzelnen Abfallverbände als auch für Städte und Bundesländer und stehen meinem Ressort bei Bedarf grundsätzlich zur Verfügung.

ad 3

Begleitende Maßnahmen müssen sich auf die Bereiche Aufklärung und Kontrolle konzentrieren. Im Rahmen der Informationsarbeit meines Ressorts kann ich besonders auf die Initiative "Umweltsieger des Monats" hinweisen, die seit November 1993 besteht. Im Rahmen dieser Initiative werden Unternehmen, die alternative Verpackungsmöglichkeiten anbieten bzw. Abfallvermeidungsmaßnahmen im Verpackungsbereich nachweisen, mittels Urkunde ausgezeichnet.

- 3 -

Angesichts der Tatsache, daß die Sinnhaftigkeit der Verpackungsverordnung von der Bevölkerung in zunehmendem Maße erkannt wird, eignet sich diese Auszeichnung hervorragend als Werbeinstrument.

ad 4

Die Erfahrungen mit der Verpackungsverordnung, die erst seit Oktober 1993 in Kraft ist, sind vorerst abzuwarten. Die Novellierung einer Vorschrift ist sicherlich vorstellbar, wenn damit eine Anpassung an aktuelle Erfordernisse erfolgen kann. Im Verpackungsbereich sind diese Erfordernisse mangels Alternativen aber derzeit nicht gegeben.

ad 5 und 6

Der Kontrolleffekt ist durch wissenschaftliche Begleitforschung gewährleistet. Ich habe ein renommiertes Marktforschungsinstitut mit der Überprüfung der Erfüllung der Zielverordnung beauftragt.

Weitere eingehende Untersuchungen werden sich auch mit dem spezifischen Vermeidungseffekt in einzelnen Branchen und den generellen Stoffstromveränderungen im Zuge der Verpackungsverordnung beschäftigen. Die Vorbereitungen dazu sind bereits getroffen.

Anna Fuchs-Kokal